

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

8/XXV/48

Bonn, den 12. März 1970

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 1a	<u>Der gestrichene Rentnerbeitrag</u> Sozialstaatliches Denken setzt sich durch Schwache Rückzugsgefechte der C-Parteien	60
2	<u>Vor fünfzig Jahren...</u> Der Kapp-Putsch und die Rolle der KPD	36
3 - 4	<u>Hilfe für Nicht-Berufsreife</u> Beispiel Hamburg: Vorbereitungseinrichtungen der Jugendbehörde Von Reg. Dir. Dr. Hans Claussen	72
5 - 6	<u>Ein interessantes Experiment</u> Türkische Gastarbeiter gründen in der Heimat eigene Fabrikationsstätten Von Dr. Paul Sinner, Heidelberg	93

Der gestrichene Rentnerbeitrag

Sozialstaatliches Denken setzt sich durch
Schwache Rückzugsgefechte der C-Parteien

W.I. - Mit der Abschaffung der Rentnerbeiträge zur Krankenversicherung erfüllen die Regierung Brandt-Scheel und die sie tragenden Parteien wiederum einen Teil ihres sozialpolitischen Programms. Der Beschluß, den zweiprozentigen Eigenbeitrag der Rentner rückwirkend zum 1. Januar 1970 zu streichen und die bereits gezahlten Summen zurückzuzahlen, bestätigt die Bedeutung, die man diesem Komplex beimißt. 9,5 Millionen Rentner werden also rückwirkend vom 1. Januar dieses Jahres zwei Prozent mehr erhalten.

Die Sozialdemokraten hatten in der Grossen Koalition 1967 der Einführung des Rentnerbeitrages nur mit großen Bedenken zugestimmt, mit "Bauchweh", wie jetzt richtig ein Abgeordneter der FDP bemerkte. Es ging darum, durch Kürzung der Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung zur Überwindung der damaligen Finanzkrise des Bundes beizutragen. Andere Mittel zum gleichen Zweck wären den Sozialdemokraten wahrlich lieber gewesen.

Anders war die Stimmung jedoch in der Fraktion der CDU/CSU. Aus ihren Reihen heraus war schon Jahre zuvor immer wieder zu hören gewesen, daß eine Krankenversicherung, zu der ein Kranker nicht sein eigenes Scherflein beiträgt, "zuviel Wohlfahrtsstaat" bedeute; die Leute würden so daran gewöhnt, den Staat als eine Kuh zu betrachten, die man nach Belieben melken könne.

Nun gibt es zwar die Mentalität, die sich ohne eigenes Zutun alles Heil vom Staat bzw. von der Gesellschaft erhofft. Gefährlich wird sie aber besonders dort, wo Leute, die keine Hilfe brauchen, sich auf Kosten der Allgemeinheit billig bedient sehen möchten. Erinnerung sei nur an jene CDU-Politiker, die schon früh und besonders laut den Sozialstaat als "Wohlfahrtsstaat" verwarfen.

Wer sozial denkt, wird den Rentnern, wenn sie krank werden, keine zusätzlichen Opfer zumuten wollen. Sie haben es sowieso nicht leicht. Ihre Krankheit darf sie nicht dem Elend preisgeben. - Diese

Auffassung hat sich jetzt durchgesetzt. Deshalb wurde der Rentnerbeitrag zur Krankenversicherung gestrichen. Deshalb wurde außerdem beschlossen, die seit Januar 1970 bereits eingezahlten Beiträge rückzuerstatten.

Die Einstimmigkeit der entsprechenden Bundestagsbeschlüsse läßt erwarten, daß auch der Bundesrat zustimmen wird. Diese Einstimmigkeit darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß es in der Fraktion der CDU/CSU die alte Verwechslung von Sozial- und Wohlfahrtsstaat noch immer gibt. Freilich hat niemand es gewagt, sich noch öffentlich zu solch antiquierter Meinung zu bekennen.

In der Bundestagsdebatte ging es eigentlich nur noch darum, wer die Verantwortung für die Maßnahme von 1967 trage. Der Sozialpolitiker der SPD, Prof. Schellenberg, betonte hierbei mit Recht, daß die CDU/CSU den Krankenversicherungsbeitrag der Rentner bis zuletzt als "systemgerecht" verteidigt habe und seiner Abschaffung jetzt nur aus taktischen Gründen zustimme.

Es klang etwas kläglich, als der CDU-Abg. Härzschel darauf lediglich erwiderte, die Unionsparteien hätten mit ihrer Zustimmung zur Abschaffung des Rentnerbeitrages nur gezögert, weil die Regierung Brandt/Scheel noch "keine Gesamtkonzeption für die Sozialversicherung vorgelegt" habe.

Auf gut Deutsch heißt das doch: Die CDU/CSU wollte eine Notmaßnahme weiter gelten lassen, nur weil noch keine Patentlösung zur Heilung aller sozialpolitischen Unzulänglichkeiten gefunden worden ist. Eine solche Argumentation wird nicht einmal Perfektionisten einleuchten, geschweige denn den Rentnern.

In Wahrheit konnte der Rentnerbeitrag gestrichen werden, weil - wie Bundesarbeitsminister Arendt mitteilte - die Ertragslage der Rentenversicherung Ende 1970 voraussichtlich um eine Milliarde DM günstiger sein wird, als zuvor berechnet. Für jeden, der sozialstaatlich denkt, war damit klar: die Notmaßnahme von 1967 mußte rückgängig gemacht werden ohne Zögern!

Vor fünfzig Jahren...

Der Kapp-Putsch und die Rolle der KPD

sp - Am 12. März 1920 versuchten rechtsradikale Gruppen in der damaligen Reichswehr, die Regierung zu stürzen. An der Spitze der Aufständischen stand der frühere konservative Abgeordnete, General-landschaftsdirektor K a p p. Mit ihm verbündet hatten sich u.a. der Befehlshaber des Reichswehrgruppenkommandos I in Berlin, Freier von Lüttwitz, und die Offiziere der Freikorpsbrigade Erhardt.

Die Reichsregierung erließ Haftbefehle gegen die Aufständischen. Kapp konnte sich der Verhaftung entziehen und flüchtete nach Döberitz, wo die "Brigade Erhardt" ihren Standort hatte. Von dort aus marschierten die Putschisten in der Nacht zum 13. März nach Berlin und erklärten die Reichsregierung für abgesetzt. Publizistische Unterstützung fand der Putsch durch die Mehrheit der sich "bürgerlich" nennenden Presse.

In dieser Situation riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf, der überall befolgt wurde. Nach drei Tagen war der Putsch beendet. Einige Rädelsführer konnten verhaftet werden, andere flohen ins Ausland oder wurden von Gutsbesitzern in Schlesien und Ostpreußen versteckt. Die meisten von ihnen tauchten später bei den Nationalsozialisten wieder auf und erhielten dort Führungspositionen.

In der Geschichtsschreibung der DDR werden diese Ereignisse häufig als "Triumph der kämpfenden Arbeiterklasse unter Führung der kommunistischen Partei" gefeiert. Diese Darstellung entspricht nicht der historischen Wahrheit, wie so vieles, was über die Rolle der KPD in der Weimarer Republik berichtet wird.

Tatsache ist, daß sich die Führung der KPD am 13. März 1920 in einem Aufruf g e g e n den Generalstreik aussprach, mit der Begründung, die Arbeiterklasse sei aktionsunfähig und der Zeitpunkt eines Kampfes gegen die Militärdiktatur sei noch nicht gegeben. Dieser Aufruf wurde am 14. März 1920 im Zentralorgan der KPD, "Rote Fahne", veröffentlicht. Erst einen Tag später, als die kommunistische Führung feststellen mußte, daß die Arbeiterschaft dem Aufruf des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Generalstreik mit Begeisterung und unwiderstehlicher Kraft Folge geleistet hatte, entschloß man sich, den kommunistischen Arbeitern zu empfehlen, sich ebenfalls dem Streik anzuschließen.

+ + +

Hilfe für Nicht-Berufsreife

Beispiel Hamburg: Vorbereitungseinrichtungen der Jugendbehörde

Von Reg. Dir. Dr. Hans Claussen

Alljährlich muß ein Teil der Jugendlichen, die nach dem Ende der Vollschulpflicht die Schulen verlassen; von der Berufsberatung des Arbeitsamtes als nicht berufsreif und daher noch nicht vermittlungsfähig bezeichnet werden. Häufig handelt es sich um Jugendliche mit durchschnittlicher Intelligenz, aber mangelnder Anpassungsfähigkeit, ausgeprägter Konzentrationsschwäche oder erheblichen Kontaktstörungen. Es befinden sich aber auch Jungen und Mädchen darunter, die in ihrer körperlichen oder geistig-seelischen Entwicklung zurückgeblieben sind und daher den Abschluß der Hauptschule oder sogar der Sonderschule für Lernbehinderte nicht erreichen konnten. Sie alle sind den Schwierigkeiten, die ein Übergang in das hochentwickelte Berufs- und Arbeitsleben mit sich bringt, nicht voll gewachsen.

In Hamburg schuf die Jugendbehörde schon im Jahre 1927 in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt die ersten Werkstätten für nicht berufsreife Jungen und Mädchen. Heute gibt es in der Hansestadt sechs Berufsvorbereitungseinrichtungen für männliche und weibliche Jugendliche. Die meisten von ihnen wohnen während der Berufsvorbereitung weiter im Elternhaus. Wo die häuslichen Verhältnisse ungünstig sind oder der Weg zwischen Elternhaus und Arbeitsplatz zu weit ist, sorgt die Jugendbehörde für Unterbringung in Wohnheimen. Ein externer Arbeitsplatz kostet mindestens 100 DM, für einen Platz mit interner Unterbringung zahlt die Jugendbehörde etwas über 500 DM monatlich.

Es geht hier noch nicht darum, diese Jugendlichen für bestimmte Berufe auszubilden. Die in der Entwicklung zurückgebliebenen und geistig oder körperlich wenig belastbaren Jugendlichen sollen zunächst mit bestimmten Materialien, beispielsweise Holz, Metall, Kunststoff, Leder, Pappe, vertraut gemacht werden. Mit Erfolgserlebnissen sollen sie Selbstvertrauen und Sicherheit gewinnen. Dann lernen sie sechs bis acht Stunden am Tag am Arbeitsplatz zu bleiben. Sie werden gefordert, ohne doch überfordert zu werden. Soweit wie möglich versucht man, die Berufswünsche dieser Jugendlichen mit ihren Anlagen und Fähigkeiten in Einklang zu bringen. Die Anleiter in den Werkstätten sind erfahrene Werkerzieher. Neben ihnen sind Lehrmeister und Lehrgesellen tätig.

Die Förderungsmaßnahmen richten sich in Metallwerkstätten auf Schlosser-, Klempner-, Gürtler- und Feinmechanikerarbeiten. In der Holzwerkstatt üben sich die Jungen in der Tischlerarbeit, Zimmermannsarbeit und Holzschnitzerei. Zur Zeit sind auch eine Leder- und Pappwerkstatt, eine Plastikwerkstatt, ein Bauhof und eine Gärtnerei in Betrieb.

Bei den Mädchen beschränkt sich die berufliche Förderung auf hauswirtschaftliche Tätigkeit und Nähen. In den Gruppen befinden sich durchweg 15 bis 20 Jungen bzw. Mädchen. Um die Förderungsmaßnahmen auch nach der schulischen Seite hin zu ergänzen, hat die Schulbehörde Berufsschullehrer abgestellt, die den Unterricht in kleinen Klassen von etwa 15 Schülern wahrnehmen.

Es stärkt das Selbstgefühl der Jungen, wenn sie mit eigener Hand Geschenke für Eltern und Angehörige anfertigen. Jährliche Ausstellungen dieser Geschenke vermitteln einen Eindruck von dem Leistungsstand der Jungen nach Ablauf von etwa 3/4 der Vorbereitungszeit. Die vollen Lehrgänge dauern in der Regel ein Jahr. Die Verlängerung um ein weiteres Jahr ist möglich, wenn bei einzelnen Jugendlichen Aussicht besteht, daß sie dadurch das Ziel doch noch erreichen können.

Für die Eltern sind die Berufsvorbereitungslehrgänge kostenfrei. Darüber hinaus wird jedem Jugendlichen das Fahrgeld, ein Taschengeld und ein Zuschuß zum Mittagessen gewährt. Sofern Heimunterbringung erfolgt, beteiligen sich die finanziell besser gestellten Eltern entsprechend ihren Einkommens- und Vermögensverhältnissen an den Aufwendungen. Für Kinder, deren Eltern nur ein geringes Einkommen haben, kann während der Dauer der Berufsvorbereitung eine Ausbildungsbeihilfe gewährt werden.

Für 54,4 Prozent der von Ostern 1968 bis Ostern 1969 in den Berufsvorbereitungseinrichtungen beschäftigten männlichen Jugendlichen konnten nach einjähriger Förderung doch noch Lehr- oder Anlernstellen gefunden werden. Die vermittelten Ausbildungsplätze umfassen die ganze Breite der handwerklichen und kaufmännischen Berufe.

Weitere rund 37 Prozent der Jugendlichen wurden in ungelernete Arbeit vermittelt, und weniger als 10 Prozent bedurften anderer Förderungsmaßnahmen (z.B. in einer Beschützenden Werkstatt oder einem Erziehungsheim). Einige wenige (fünf) mußten den Vorbereitungslehrgang wiederholen. - Die positiven Ergebnisse der Berufsvorbereitung kommen nicht nur den Jugendlichen selbst zugute, sondern auch der Gesellschaft insgesamt, die daran interessiert sein muß, daß jeder arbeitsfähige Bürger produktiv am Wirtschaftsleben beteiligt ist.

Ein interessantes Experiment

Türkische Gastarbeiter gründen in der Heimat eigene Fabrikationsstätten

Von Dr. Paul Sinner, Heidelberg

Wie Prof. Dr. Baade vor kurzem erklärte, gibt es Gruppen von türkischen Gastarbeitern, die ihre Ersparnisse zusammenlegen, um in der Türkei wirtschaftliche Unternehmen mit ihren im Ausland erworbenen Erfahrungen zu gründen. Heute versuchen 120 Gruppen, solche Vorhaben zu verwirklichen. Ein neues Unternehmen İŞ-SAN, d.i. İşçi-Sanayii (Arbeiter-Industrie) mit Initiativzentrale in Heidelberg und schon Geschäftsstellen in Stuttgart, München und Dortmund darf als Beispiel angesprochen werden.

Gegen Ende des Jahres 1967 gediehen unter türkischen Arbeitnehmern Überlegungen, bei Rückkehr in die Türkei sich selbst eine Firma mit eigenen Dauerarbeitsplätzen zu schaffen. Sie waren vornehmlich im Baugewerbe tätig. Ihnen hatte nicht zuletzt die unvorhergesehene Entlassung von türkischen Arbeitskameraden während der Talsohle der Konjunktur Ende 1966 und im Laufe des Jahres 1967 mit den Anstoß gegeben, sich durch Selbsthilfe zu sichern. Das gute Echo bei Besprechungen unter Türken ermutigte dann zu Studien und Erkundungen über die sowohl für die Beteiligten als auch für ihr Land am besten geeignete Arbeit. Schließlich entschloß sich in einer Gründungsversammlung im März 1969 ein Stamm von rund hundert türkischen Bauarbeitern mit einem türkischen Bauingenieur, ein Betonwerk in Istanbul zu gründen. Darauf als erstem Teil des Projekts wollen sie Erweiterungen auch an anderen Standorten aufbauen.

Zum Vorsitzenden ihres Gründungskomitees wurde Dipl.-Ing. Kenan Tezdiker gewählt. Er bringt die für das Projekt geeigneten Voraussetzungen ein. In jahrlanger Tätigkeit bei einer bedeutenden Baufirma in Heidelberg lernte er die Methoden insbesondere der Arbeit mit Beton kennen. Während dieser Zeit leistete er in enger Fühlung mit dem Arbeitsamt wertvolle Anpassungshilfen für seine Landsleute, hatte dabei mit ihnen vielseitige Berührungen. Kenan Tezdiker gehört zu den Gründern des Deutsch-Türkischen Clubs Heidelberg.

Das Gelingen der Vorbereitung und der Gründung, auch ein großer Teil der Organisation und technischen Planung ist Christian Schackert, Heidelberg, mitzuverdanken. Der Aufbau geschieht in Selbstregie. Die Türken gründen eine Aktiengesellschaft und werden Aktionäre mit Dauerarbeitsplätzen. Jeder darf nur eine begrenzte Zahl von Aktien erwerben. So wird Aufkauf durch Großkapital ausgeschlossen.

Hierin liegt vielleicht der Ansatz zu einer für ihre Verhältnisse bahnbrechenden Entwicklung. Die moderne wirtschaftliche Ordnung entzieht den einzelnen vielfach der persönlichen Einflusssphäre, wo konzentriertes Kapital zu arbeiten beginnt. Das Geld wirtschaftet selbst in der Kapitalanhäufung und - lassen wir deren mannigfache Vorteile einmal außer acht - wirkt antipersonlich. Türkische Arbeiter, die unter Entbehrungen Geld gespart haben und damit eine Eigengesellschaft neu gestalten wollen, sind auf dem Wege, sich eine soziale Selbstordnung zu schaffen. Wir hoffen, es gelingt ihnen.

Zur Aufbringung ihres solidarischen Eigenkapitals haben sie innerhalb eines Jahres eine halbe Million DM gezeichnet. Die Gelder werden

auf eine Zweigstelle der türkischen AK-Bank in Frankfurt eingezahlt und wandern von dort als D-Mark-Devisen auf Devisenkonto nach Ankara. Die benötigte volle Million D-Mark wird aller Voraussicht nach im Laufe des kommenden Sommers zusammen sein. Zur Gesellschaft gehören jetzt 440 türkische Arbeiter. Die Regierung in Ankara hat das Projekt schon in den Prioritätsrang beim Fünfjahresplan erhoben.

Mit dem Kapital aus den Aktien wird die Gesellschaft das Betonwerk, Mischtransporter und Maschinen kaufen. Nach Abschluß aller Formalitäten wird sie Frischbeton mit einer Stundenleistung fürs erste bis zu 40 cbm liefern können. Die Versorgung mit Kies und Sand aus eigener Kiesgrube entspricht der Leistung des Betonwerks. Die Qualität nach dem Standard der EWG-Länder sichert, wie Umfragen am Standort Istanbul ergaben, die volle Ausnützung wachsender Kapazität.

In einem Gebiet, das sich eindeutig von urtümlichen Lebensverhältnissen in Richtung auf moderne Eingriffe bewegt, nämlich in Ostanatolien wird der Standort einer künftig erweiterten Planung von IŞ-SAN liegen. In den letzten zehn Jahren sind dort durch den Ausbau und Neubau im großen und ganzen mit unseren Bundesstraßen vergleichbare Verkehrsverbindungen entstanden. Die von dieser Seite aus wachsende Infrastruktur hilft wesentlich, die Landesteile im entfernten Osten der Türkei zu erschließen. Dazu erstet in der Provinz (il) Elâziğ, einem der heute geförderten ostanatolischen Gebiete, aufgrund internationalen Vertrags zwischen der Türkei, Irak und dem Iran bei Keban der riesige Euphrat-Staudamm, wohl der zweitgrößte nach dem Assuan-Staudamm im Vorderen Orient. Dort, im Mittelpunkt kommender Agglomeration, plant IŞ-SAN, ein durch den (Staudamm!) verbilligten Bezug von Stromenergie begünstigtes Werk zur Produktion von Baumschienen europäischer Art für Betonverarbeitung und von Großkränen mit den dazu gehörigen Motoren zu errichten.

Die Projekte türkischer Arbeitnehmer bieten eine Komposition von Vorteilen auf allen Seiten. Wir verdanken den Gastarbeitern bekanntlich einen Produktionsbeitrag, ohne den unser ansehnliches Sozialprodukt nicht erreicht worden wäre. Es ist kaum zu befürchten, daß die Rückwanderung von türkischen Arbeitnehmern dabei große Lücken hinterläßt. Im ganzen machen diejenigen, die den Bau eigener Fabriken in ihrem Land vorhaben, einen verschwindenden Bruchteil der (nach dem Stande der letzten Zählung Ende September) 244 242 in der Bundesrepublik beschäftigten türkischen Arbeitnehmer aus. Zudem drängen stets neue herein. Wir müssen uns auch sagen, daß die Gastarbeiter von vornherein, wenn auch meist jahrelang, nur vorübergehend bei uns arbeiten und später in ihre Heimat zurückkehren wollen. Inzwischen fördern sie durch ihre Geldüberweisungen den Devisenbestand der Türkei zu beträchtlichem Anteil. Sie erwerben bei uns Kenntnisse und entwickeln Fähigkeiten im modernen Arbeitsleben. Nicht zu vergessen die ideelle Bereicherung durch vielseitige Berührungen mit dem anderen Lande.

Diejenigen, die ihre Erfahrungen durch Gründung von Fabriken in der Heimat verwerten wollen, erwarten ein besseres Los, als jene, die nach der Heimkehr in frühere Verhältnisse zurückfallen.